

Deutsch-Französischer Jugendaustausch

#ENSEMBLE

Échange Franco-Allemand pour la Jeunesse

EUROPEAN YOUTH PARLIAMENT



En coopération avec
In Kooperation mit

OFAJ
DFJW

#BESCHLUSSHEFT

#LIVRET DE RESOLUTION





INHALTSVERZEICHNIS – TABLE DES MATIÈRES

Arbeitsgruppen – Groupes de travail	3
Entschließungsantrag der Arbeitsgruppe #Arbeitsmarkt	5
Motion pour une résolution par le groupe de travail #Arbeitsmarkt	7
Entschließungsantrag der Arbeitsgruppe #Education2.0	9
Motion pour une résolution par le groupe de travail #Education 2.0	12
Entschließungsantrag der Arbeitsgruppe #Jugendaustausch.....	15
Motion pour une résolution par le groupe de travail #Jugendaustausch	17
Entschließungsantrag der Arbeitsgruppe #EconomieVerte.....	19
Motion pour une résolution par le groupe de travail #EconomieVerte	21
Entschließungsantrag der Arbeitsgruppe #LibertésFondamentales.....	23
Motion pour une résolution par le groupe de travail #LibertésFondamentales	25
Entschließungsantrag der Arbeitsgruppe #PsychischeGesundheit.....	27
Motion pour une résolution par le groupe de travail #PsychischeGesundheit	29



ARBEITSGRUPPEN – GROUPES DE TRAVAIL

Deutschsprachige Arbeitsgruppen:

#Arbeitsmarkt:

Hunderttausende Jugendliche betreten einen Arbeitsmarkt, der von der Covid-19-Krise geschwächt worden ist. Welche Massnahmen können ergriffen werden, um den Jugendlichen den Einstieg ins Berufsleben zu erleichtern?

#Jugendaustausch:

Mit der Einführung von Grenzsicherungen und Quarantänebestimmungen für Einreisende aus dem Ausland zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie wurden soziale Begegnungen und grenzüberschreitende Austausche abrupt begrenzt oder beendet. Welche Massnahmen können auf nationaler und europäischer Ebene ergriffen werden um den Weiterbestand internationaler Begegnungen und des Jugendaustauschs sicherzustellen?

#PsychischeGesundheit:

Social Distancing, Reduktion von persönlichen Kontakten, Ungewissheit über die Zukunft: Die aktuelle Situation fördert Stress und gar Depressionen. Was können die EU und ihre Mitgliedstaaten unternehmen, um zum Schutz der psychischen Gesundheit ihrer jungen Bürger beizutragen?

Französischsprachige Arbeitsgruppen:

#EconomieVerte:

Die Covid-19-Pandemie hat ganze Wirtschaftszweige zum Stillstand gebracht. Trotz dem vorübergehenden Rückgang der ausgestossenen Treibhausgase bleibt der Klimawandel eine weltweit wichtige Problematik. Wie können Jugendliche dazu beitragen, den wirtschaftlichen Wiederaufbau mit dem Schutz der Umwelt und ihrer Ressourcen zu vereinbaren?

#Education2.0

Die COVID-19-Krise und die Verlagerung der Bildung in die digitale Welt hat die Ungleichheiten in diesem Bereich sichtbar gemacht und verstärkt. Wie können die EU und ihre Mitgliedstaaten sicherstellen, dass alle Kinder und Jugendlichen einen guten Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung im Internet haben?

#LibertésFondamentales:

Während die Notwendigkeit von Eindämmungsmaßnahmen unbestritten ist und sich der Einsatz von Rückverfolgungsmaßnahmen ausbreitet, wirkt sich das Krisenmanagement auf die Freizügigkeit, die Religionsfreiheit oder die Privatsphäre aus. Wie können wir die Aufrechterhaltung dieser Grundfreiheiten mit der Umsetzung von Gesundheitsmaßnahmen zum Schutz der Gesundheit der Bürger in Einklang bringen?



Groupes de travail germanophones:

#Arbeitsmarkt :

Des centaines de milliers de jeunes entrent sur un marché du travail affaibli par la crise de Covid 19. Quelles mesures pouvons-nous mettre en place pour faciliter aux jeunes l'accès à la vie professionnelle?

#Jugendaustausch:

La crise sanitaire a marqué une limitation brutale des interactions sociales et des échanges transfrontaliers avec la fermeture de certaines frontières et la mise en place de quarantaine pour les personnes arrivant de l'étranger. Quelles mesures peuvent être mises en place aussi bien au niveau européen que national pour faire perdurer des moments d'échanges entre jeunes de nationalités différentes ?

#PsychischeGesundheit:

Entre la distanciation sociale, la réduction des contacts personnels et les incertitudes sur l'avenir, la situation actuelle favorise le stress et même la dépression. Que peuvent faire l'UE et ses États membres pour aider à protéger la santé mentale de leurs jeunes citoyens?

Groupes de travail francophones:

#EconomieVerte:

La crise sanitaire liée au COVID-19 a marqué une mise à l'arrêt de certaines économies. Malgré une baisse des émissions de gaz à effet de serre, le réchauffement climatique reste une problématique mondiale. Aujourd'hui, comment les jeunes peuvent-ils contribuer à concilier transition écologique et reconstruction économique ?

#Education2.0

La crise du Covid-19 a creusé un peu plus les inégalités en matière d'éducation à cause de la fracture numérique existante ; comment l'Union Européenne et ses États membres peuvent-ils garantir à tous un enseignement à distance de qualité et dans de bonnes conditions?

#LibertésFondamentales:

Alors que la reconnaissance des mesures de confinement est unanime et que les applications de traçage se répandent, la gestion de la crise a des impacts sur la liberté de mouvement, de culte ou le respect de la vie privée. Comment faire la balance entre le maintien de ces libertés fondamentales et la mise en place de mesures sanitaires visant à protéger la santé des citoyens ?



ENTSCHLIEßUNGSANTRAG DER ARBEITSGRUPPE #ARBEITSMARKT

Hunderttausende Jugendliche betreten einen Arbeitsmarkt, der von der Covid-19-Krise geschwächt worden ist. Welche Massnahmen können ergriffen werden, um den Jugendlichen den Einstieg ins Berufsleben zu erleichtern?

Vorgelegt von:

Elisa COATTRIEUX (FR); Roxanne COPPENS (DE); Charlotte ELLIS (FR); Viola KOCH (DE); Javier Oest FERNÁNDEZ (DE); Emilia SCARPA (DE); Alina SCHRÖDER (DE), Defne KESER (TR, Gruppenleiterin)

Das Europäische Jugendparlament hat die Ziele eine sichere Arbeitssituation zu schaffen und Maßnahmen zu finden, die Jungen Menschen das Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern. Es ist wichtig, die Unternehmen zu ermutigen, junge Menschen einzustellen und Gleichberechtigung in den verschiedenen Sektoren zu erstellen.

Das Europäische Jugendparlament

- Erkennt, dass ein starker Konkurrenzkampf durch Mangel an finanziellen Möglichkeiten entsteht, da die Nachfrage nach Arbeit größer als das Arbeitsangebot ist,
- Ist sich bewusst, dass systemrelevante Berufe wie zum Beispiel im Bereich der Pflege, Gesundheit, Landwirtschaft, Bildung und Logistik zwar als solche anerkannt, aber trotzdem nicht durch einen entsprechenden Lohn wertgeschätzt werden,
- Macht darauf aufmerksam, dass es der Jugend auf Grund der Corona-Krise schwer fällt, Erfahrung durch Praktika o.Ä. zu sammeln,
- Bemerkt im vollen Bewusstsein, dass junge Menschen einen schwächeren Kündigungsschutz haben, weshalb es für Arbeitgeber günstiger ist, junge Menschen zu entlassen,
- Stellt besorgt fest, dass Arbeitgeber aufgrund von mangelnder Digitalisierung und geringer Flexibilität kein Homeoffice anbieten, was den Mitarbeitern eine Gefährdung ihrer Gesundheit zur Folge hat,
- Stellt mit Sorge fest, dass Jugendliche eher ein Praktikum absolvieren, länger zur Schule gehen oder bei den Eltern bleiben, anstatt in einer Festanstellung zu arbeiten und folglich ihre beruflichen Ambitionen senken,
- Stellt mit Bedauern fest, dass junge Menschen aufgrund der bedingten niedrigen Gehälter einen schwierigen beruflichen Aufstieg haben und daher langfristig einer schlechteren Arbeitssituation ausgesetzt sind,



- Alarmiert, dadurch dass Studenten viele Mini-/Nebenjobs verloren haben, weil einzelne Branchen wie die Kultur und die Gastronomie besonders stark von der Krise betroffen sind;

Daher,

1. empfiehlt den EU-Mitgliedstaaten, durch Prämien für die langfristige Einstellung von jungen Menschen das Arbeitsangebot für diese zu fördern vor allem für Unternehmen die sich mit Digitalisierung befassen, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen;
2. fordert die International Labour Organisation auf, eine Informationsstelle einzurichten, sodass die Arbeitgeber bei Stellenausschreibungen und der Auswahl des Arbeitnehmers weniger auf den Lebenslauf und mehr auf das Können geachtet wird;
3. fordert die Europäische Kommission auf, eine Leitlinie zur Vereinbarung allgemeiner Einstiegs- und Mindestlöhne aufzustellen und die Mitgliedstaaten zu ermutigen, diese für systemisch wichtige Berufe anzuwenden;
4. Werden Bildungsinstitutionen ermutigt, Alternativen zu Praktika anzubieten, wie zum Beispiel Online-Praktika, Online-Seminare oder Ausbildungen in kleinen Gruppen;
5. Sollte mit Nachdruck bestätigt werden, dass der Staat die Arbeitsrechte der jungen Menschen bei Nichteinhaltung des Arbeitsvertrags mithilfe von Kontrollinstanzen besser schützt;
6. Wird ausdrücklich empfohlen, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten Unternehmen, die einen ausgestatteten Arbeitsplatz von zuhause anbieten, finanzielle Hilfe geben;
7. Wird die Europäische Kommission mit Nachdruck dazu aufgerufen, Rahmen vorzuschlagen, der Mindestanforderungen an die Arbeitsbedingungen im Home-Office festlegt und die Rechte der Arbeitnehmer sichert, und die Unternehmen auffordern, das Home-Office zu ermöglichen;
8. Wird gefordert, dass Firmen im Falle einer Kündigung mithilfe einer offiziellen Bescheinigung innerhalb der Kündigung schreiben sollen, dass diese aufgrund der Pandemie geschehen ist;
9. Bestand darauf, dass dem Staat bestimmte finanzielle Unterstützung zu der Jugendliche, die wegen der Corona-Krise entlassen wurden, geben müssen, die zum Ausgleich für den Verlust ihrer Nebentätigkeiten verwendet werden kann.



MOTION POUR UNE RÉOLUTION PAR LE GROUPE DE TRAVAIL #ARBEITSMARKT

Dans un contexte où des centaines de milliers de jeunes arrivent sur le marché de l'emploi fragilisé par la crise sanitaire, quelles mesures peuvent être mises en place pour permettre à ces jeunes de s'insérer sur le marché du travail?

Proposée par:

Elisa COATTRIEUX (FR); Roxanne COPPENS (DE); Charlotte ELLIS (FR); Javier Oest FERNÁNDEZ (DE); Viola KOCH (DE); Emilia SCARPA (DE); Alina SCHRÖDER (DE), Defne KESER (TR, Animatrice du groupe de travail)

Le Parlement Européen des Jeunes a pour objectif de créer un environnement de travail stable et de trouver des mesures qui facilitent l'entrée des jeunes sur le marché du travail. Il est important d'encourager les entreprises à embaucher des jeunes et d'assurer l'égalité entre les différents secteurs.

Le Parlement Européen des Jeunes,

- Constatant qu'une forte concurrence provient du manque de ressources financières, la demande de main-d'œuvre étant supérieure à l'offre de main-d'œuvre,
- Prenant conscience que les professions indispensables au fonctionnement du pays dans les domaines de la santé, de l'agriculture, de l'éducation et du transports de marchandises sont reconnues comme telles, mais ne sont pas valorisées par un salaire approprié,
- Attire l'attention sur le fait qu'en raison de la crise du Coronavirus, les jeunes ont du mal à acquérir de l'expérience par le biais de stages ou autres,
- Remarquant que les jeunes ont une protection plus faible que les autres contre le licenciement, qui entraîne un licenciement plus simple des jeunes par leur employeur,
- Notant avec inquiétude que les employeurs ne proposent pas toujours de télétravail en raison d'un manque de digitalisation et de flexibilité, ce qui met en danger la santé des employés,
- Constatant avec inquiétude que les jeunes réduisent leurs ambitions professionnelles car ils sont plus susceptibles de faire des stages, d'aller à l'école plus longtemps ou de rester chez leurs parents que de travailler et d'avoir un poste permanent,
- Soulignant avec regret que les jeunes ont une progression de carrière difficile à cause de salaires bas et sont donc exposés à une situation professionnelle plus défavorable à long terme,
- Alarmé par le fait que les étudiants aient perdu de nombreux emplois dans le secteur secondaire car certains domaines comme la culture et la gastronomie ont été particulièrement touchés par la crise ;



par conséquent,

1. Recommande aux États Membres de l'UE d'utiliser des primes pour le recrutement à long terme de jeunes afin de promouvoir l'offre d'emplois pour eux, en particulier dans les entreprises qui s'occupent de la digitalisation afin de créer plus d'emplois ;
2. Demande à l'Organisation internationale du travail de créer un poste d'information afin que les employeurs accordent moins d'attention au Curriculum Vitae et plus aux compétences lors de la sélection des travailleurs ;
3. Invite la Commission Européenne à élaborer des recommandations sur l'accord d'introduction général et les salaires minima, et à encourager les États membres à les appliquer aux professions indispensables au fonctionnement du pays ;
4. Incite les établissements de l'enseignement supérieur à proposer des alternatives aux stages, telles que des stages en ligne, des séminaires en ligne ou des formations en petits groupes ;
5. Demande aux États de mieux garantir les droits du travail des jeunes en cas de non-respect du contrat de travail avec l'aide des organes de contrôle ;
6. Recommande fortement à l'UE et ses États Membres de fournir une aide financière aux entreprises qui proposent aux jeunes un lieu de travail entièrement équipé à leur domicile ;
7. Invite la Commission européenne à mettre en place des cadres qui définissent les exigences minimales concernant les conditions de travail au bureau et à domicile, à garantir les droits des travailleurs, et à inviter les entreprises à rendre le travail à domicile possible ;
8. Demande qu'en cas de licenciement, les entreprises écrivent dans l'attestation de licenciement officielle que cela s'est produit en raison de la pandémie ;
9. Insiste sur le fait que l'État doit accorder un certain soutien financier aux jeunes licenciés en raison de la crise du Coronavirus qui pourra notamment être utilisé pour compenser la perte de leurs emplois .



ENTSCHLIEßUNGSANTRAG DER ARBEITSGRUPPE #EDUCATION2.0

Die COVID-19-Krise und die Verlagerung der Bildung in die digitale Welt hat die Ungleichheiten in diesem Bereich sichtbar gemacht und verstärkt. Wie können die EU und ihre Mitgliedstaaten sicherstellen, dass alle Kinder und Jugendlichen einen guten Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung im Internet haben?

Vorgelegt von:

Alice CAMUS (FR), Maële CASOLA (FR), Amina EL BAKKALI (FR), Anna Verena MÄRKER (DE), Elena WERNER (FR+DE), Hannah ZEISSLER (DE), Oleksii MUTSKYI (UA, Gruppenleiter)

Das Europäische Jugendparlament will die Chancengleichheit in der Bildung angesichts der von COVID-19 aufgezeigten Kluft gewährleisten, indem es das Home Schooling-System an die heutigen Realitäten anpasst.

Das Europäische Jugendparlament,

Qualität der Lehre

- Erkennt an dass die Covid-19-Krise schwerwiegende Auswirkungen auf das Bildungswesen in all seinen Formen gehabt hat,
- Berücksichtigend, dass sich der Online-Unterricht grundlegend vom Frontalunterricht unterscheidet,
- Bedauernd, dass die derzeitige Lehre nicht an Bildung 2.0 angepasst ist aufgrund von:
 - unzureichender Ausbildung des Lehrpersonals,
 - Mangel an digitaler Kompetenz von Schüler*innen,
- Im vollen Bewusstsein, dass Homeschooling zu einem Mangel an Kommunikation zwischen Schüler*innen und Lehrer*innen führt,
- stellt fest, dass die Evaluationsmethoden in europäischen Bildungseinrichtungen uneinheitlich und ungleich sind,

Zugang zu Ressourcen

- Betont, dass eine Ungleichheit bei der Verteilung der Ressourcen existiert unter:
 - Europäische Schüler*innen mit unterschiedlichem sozialen Hintergrund,
 - Europäischen Ländern und Regionen innerhalb jedes Landes,



- Alarmiert darüber, dass die Hälfte aller Schülerinnen und Schüler zu Hause keinen Zugang zu einem Computer hat und dass 43% (oder 706 Millionen) zu Hause kein Internet haben,
- ist sich bewusst, dass 10% der Kinder aus privilegierten Verhältnissen (28% der Kinder aus unterprivilegierten Verhältnissen) keine moralische Unterstützung von den Eltern, keinen stabilen Internetzugang, keinen PC für jedes Kind in der Familie und kein ruhiges Einzelzimmer haben,
- versteht die Schwierigkeiten, die durch das Arbeitsumfeld von Schüler*innen und Lehrer*innen, wie Familienverhältnisse, Lebensbedingungen und Lebensstandard, auftreten können;

Daher,

Qualität der Lehre

1. Fordert alle Mitgliedstaaten auf, stärker in die Digitalisierung ihrer Länder zu investieren;
2. Schlägt vor, dass die Mitgliedstaaten Schulen wirksam bei der Erstellung von Lehre unterstützen um:
 - a. Schülerinnen und Schüler mit digitalen Werkzeugen vertraut zu machen,
 - b. Lehrer*innen in digitalen und methodologischen Fragen auszubilden;
3. Fordert die Mitgliedstaaten auf, Räumlichkeiten so anzupassen, dass Studierende mit Schwierigkeiten ihre Kurse aus der Ferne in bestehenden Studieneinrichtungen wie Bibliotheken oder ausgestatteten Sporthallen verfolgen können;
4. fordert die Mitgliedstaaten zur Einrichtung einer frei zugänglichen Website in Form eines Diskussionsforums auf, in dem Studierende ihre Vorlesungen teilen und anderen Studierenden Fragen stellen können;
5. Lädt Schuleinrichtungen dazu ein ihr Bildungsprogramm zu ändern durch:
 - a. Organisation eines engen Austauschs zwischen Lehrer*innen und Eltern von Kleinkindern, die sich in der entscheidenden Phase ihrer kognitiven Entwicklung befinden,
 - b. Sicherstellung, dass die Studierenden einer angemessenen Arbeitsbelastung ausgesetzt sind, die für alle Studierenden der Arbeitsbelastung von vor der Krise entspricht,
 - c. die Maßnahme jeder Schülergruppe eine*n Tutor-Lehrer*in zuzuweisen, der/die sie während der Ausgangsbeschränkungen anleitet und ein Vertrauensverhältnis zu ihnen aufbauen kann,
 - d. Einrichtung einer Feedback-Sitzung für Studierende zu den von ihren Lehrer*innen während des Home-Schoolings abgehaltenen Kursen vorzusehen;

Zugang zu Ressourcen

6. Fordert die Mitgliedstaaten auf, nationale Websites einzurichten, um die Menschen in der Umgebung über Geräteprobleme (Computer, Telefon, WiFi usw.) zu informieren, damit sie eine gemeinschaftliche Fehlerbehebung anbieten können;
7. Ermutigt die Mitgliedstaaten Folgendes einzurichten:
 - a. Expertenkommissionen zur Abschätzung der Kosten für die Bereitstellung von Computern für



Bedürftige,

- b. ein Organisationssystem zur Bereitstellung elektronischer Ausrüstung für Bedürftige;
8. schlägt vor, dass die Mitgliedstaaten und die European University Association ihre Hochschulprogramme noch besser aufeinander abstimmen sollten, indem sie sich mit dem Bologna-Prozess koordinieren;
 9. fordert die Europäische Kommission auf, über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) Projekte zu finanzieren, um Ländern zu helfen, die Schwierigkeiten mit der Digitalisierung haben;
 10. Fordert die Europäische Gesundheitsorganisation und die Mitgliedstaaten auf, den Zugang zu psychologischer Hilfe zu erleichtern, indem sie:
 - a. finanzielle Mittel für psychologische Hilfe bereitstellen,
 - b. Schulinitiativen zur gegenseitigen Hilfe fördern, einschließlich der Einrichtung von Telefonverbindungen von und für Schüler*innen.



MOTION POUR UNE RÉOLUTION PAR LE GROUPE DE TRAVAIL #EDUCATION 2.0

La crise du Covid-19 a creusé un peu plus les inégalités en matière d'éducation à cause de la fracture numérique existante ; comment l'Union Européenne et ses États membres peuvent-ils garantir à tous un enseignement à distance de qualité et dans de bonnes conditions?

Proposée par:

Alice CAMUS (FR), Maële CASOLA (FR), Amina EL BAKKALI (FR), Anna Verena MÄRKER (DE), Elena WERNER (FR+DE), Hannah ZEISSLER (DE), Oleksii MUTSKYI (animateur du groupe de travail, UA)

Le Parlement Européen des Jeunes a pour objectif de garantir l'égalité des chances dans l'éducation face à la fracture mise en évidence par la Covid-19 par adaptant le système d'éducation à distance aux réalités contemporaines.

Le Parlement Européen des Jeunes,

Qualité de l'enseignement

- Affirmant que la crise de la Covid-19 a gravement impacté l'éducation sous toutes ses formes,
- Gardant à l'esprit que l'enseignement en ligne est profondément différent de l'enseignement présentiel,
- Regrettant que les formations actuelles ne soient pas adaptées à l'éducation 2.0 de par :
 - l'insuffisance des formations rendues disponibles pour les enseignants,
 - l'absence d'éducation aux outils numériques pour les élèves,
- Tout à fait conscient que l'enseignement à distance entraîne un manque de communication entre élèves et enseignant(e)s,
- Constatant que les modalités d'évaluation dans les institutions d'enseignement européens sont inconsistantes et inégalitaires,

Accès aux ressources

- Soulignant l'inégalité dans la répartition des ressources parmi :
 - les élèves européens issus de milieux sociaux variés,



- les pays européens et les régions à l'intérieur de chaque pays,
- Alarmé que la moitié du nombre total d'élèves n'aie pas accès à un ordinateur à domicile et que 43% (soit 706 millions) n'aie pas internet à la maison,
- Conscient que 10% des enfants provenant d'un milieu favorisé (28 % pour les enfants des milieux défavorisés) manquent de soutien moral des parents, un accès stable à internet, un ordinateur personnel pour chacun des enfants dans la famille et une chambre individuelle silencieuse,
- Comprenant les difficultés qu'englobe l'environnement de travail des élèves et des enseignant(e)s tels que les conditions familiales, les conditions et le niveau de vie;

par conséquent,

Qualité de l'enseignement

1. Appelle tous les États Membres à s'investir plus profondément dans la digitalisation de leurs pays ;
2. Propose aux États Membres de soutenir efficacement les écoles avec la création de cursus prévus pour :
 - a. familiariser les élèves avec les outils numériques,
 - b. fournir les formations aux professeurs au niveau numérique et méthodologique ;
3. Prie les États Membres d'adapter des espaces pour que les étudiants en difficulté puissent suivre leurs cours à distance dans les lieux consacrés aux études déjà existants, tels que des bibliothèques ou gymnases équipés ;
4. Demande aux États Membres de faciliter la création d'un site internet accessible gratuitement sous la forme d'un forum de discussion où les étudiants pourraient partager leurs cours et poser des questions aux autres étudiants ;
5. Invite les établissements scolaires à adapter leur programme d'éducation en :
 - a. organisant un échange étroit entre les professeurs et les parents de'enfants en âge qui se trouvent dans la période la plus décisive de leur développement cognitif,
 - b. s'assurant que les étudiants soient soumis à une charge de travail raisonnable et égale à celle d'avant la crise pour tous les étudiants,
 - c. attribuant à chaque groupe d'élèves un professeur tuteur qui pourra les guider et créer un lien de confiance avec eux pendant la période de confinement,
 - d. prévoyant une session de feedback des étudiants sur les cours dispensés par leurs professeurs pendant la période de l'enseignement à distance ;

Accès aux ressources

6. Appelle les États Membres à la création de sites internet nationaux permettant de signaler aux personnes du voisinage des problèmes de matériel (ordinateur, téléphone, wifi..) afin de pouvoir



offrir un dépannage communautaire ;

7. Encourage les États Membres à instaurer :
 - a. des commissions d'experts évaluant les coûts d'une mise à disposition d'ordinateurs pour les personnes en besoin,
 - b. un système d'organisation permettant de fournir en équipement électronique les personnes dans le besoin ;
8. Suggère aux États Membres et à la European University Association d'aligner encore mieux les projets d'études supérieures en se coordonnant au processus de Bologne ;
9. Invite la Commission européenne, à travers le Fonds Européen de Développement Régional (FEDER), à financer des projets pour aider les pays qui ont des difficultés en matière de digitalisation ;
10. Fait appel à l'Organisation Européenne de la Santé et aux États membres pour faciliter l'accès à l'aide psychologique en :
 - a. allouant des financements pour l'aide psychologique,
 - b. encourageant les initiatives des établissements scolaires d'aide mutuelle, notamment la mise en place de lignes téléphoniques par et pour les étudiants.



ENTSCHLIEßUNGSANTRAG DER ARBEITSGRUPPE #JUGENDAUSTAUSCH

Mit der Einführung von Grenzschließungen und Quarantänebestimmungen für Einreisende aus dem Ausland zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie wurden soziale Begegnungen und grenzüberschreitende Austausche abrupt begrenzt oder beendet. Welche Massnahmen können auf nationaler und europäischer Ebene ergriffen werden um den Weiterbestand internationaler Begegnungen und des Jugendaustauschs sicherzustellen?

Vorgelegt von:

Rebekka FRANK (DE), Roxanne MONMARCHÉ-FONTAINE (FR), Oliver MÜHRING (DE), Floriane MURE (FR), Chloé PIERRARD (FR), Marie RÖHLEN (DE), Leonit VRAJOLLI (DE), Benedikt PUTZ (DE, Gruppenleiter)

Interkulturelle Jugendbegegnungen sind essentiell, um die Grundsätze eines friedlichen und offenen Europas zu sichern. Deshalb ist es enorm wichtig, Jugendaustausche auch in Pandemiezeiten aufrechtzuerhalten. Verschiedene neue Umsetzungsformen müssen dafür gefunden und erprobt werden. Internationale Freundschaften und Kontakte müssen aufrechterhalten und gepflegt werden, Veranstaltungen müssen in großem Maßstab angeboten werden und schließlich muss sichergestellt werden, dass jede*r die nötigen technischen Materialien und Kompetenzen an die Hand bekommt. Das alles, damit die Grenzen in unseren Köpfen offen bleiben.

Das Europäische Jugendparlament,

- Mit Bedauern feststellend, dass Jugendbegegnungen in Präsenz durch die Pandemie nicht, oder nur unter strengen Auflagen möglich sind,
- Alarmiert darüber, dass fehlende Begegnungen und Austausche alte Vorurteile wieder erstarren lassen,
- Anerkennend, dass bereits Maßnahmen zur Förderung des Austauschs seitens des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW) und der Europäischen Union (EU) bestehen,
- In der tiefen Überzeugung, dass interkulturelle Begegnungen und echte Erfahrungen im Ausland unersetzlich für die persönliche Entwicklung sind,
- Sorgenvoll in Anbetracht des sinkenden Interesses an Sprache und Kultur durch fehlende außerschulische Aktivitäten während der Pandemie,
- Sich dessen bewusst sein, dass aufgrund der technischen Voraussetzungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer eingeschränkt sind,
- Mit großer Sorge feststellend, dass Schulen und Lehrkräfte aufgrund der Pandemie derzeit überlastet sind und es daher nicht schaffen, internationale Jugendbegegnungen zu unterstützen,



- Anerkennend, dass es durch fehlende Auslandserfahrungen schwieriger ist, Sprachkenntnisse zu verbessern,
- Hervorhebend, dass durch Online-Angebote häufig nur Jugendliche angesprochen werden, die sich bereits für Austauschprogramme, die EU und andere Kulturen interessieren;

Daher,

1. Fordert die Europäische Kommission und Regierungen der Mitgliedstaaten auf, aktiv an der Entwicklung neuer Formen der Jugendbegegnungen mitzuwirken;
2. Appelliert an Jugendverbände¹ und internationale Organisationen, fortlaufend Jugendbegegnungen zu ermöglichen, indem
 - a. online Kulturtage veranstaltet werden,
 - b. die Durchführung von internationalen Thementagen unterstützt wird;
3. Vertraut darauf, dass die EU und internationale Jugendwerke Präsenzveranstaltungen so bald wie möglich wieder aufnehmen;
4. Bittet die Mitgliedstaaten, digitale Fortbildungen für außerschulische Träger gefördert werden und zusätzlich bereits existierende Programme genutzt und gefordert werden;
5. Empfiehlt der Europäischen Kommission, durch finanzielle Förderung allen Teilnehmer*innen von Jugendbegegnungen:
 - a. einen adäquaten Internetzugang sicherzustellen,
 - b. die Möglichkeit zu einem Medienkompetenztraining zu geben,
 - c. eine nicht-digitale Alternative zu bieten;
6. Hebt hervor an die Regierungen der Mitgliedstaaten, die Wichtigkeit dessen, dass Schüler*innen und Lehrkräfte mit digitalen Medien vertraut werden müssen, indem
 - a. Medienkompetenzen in der Schule gezielt gelehrt werden,
 - b. Lehrer*innen in digitalen Belangen aus- und fortgebildet werden,
 - c. Schulen Unterstützung bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Hygienekonzepten erhalten;
7. Empfiehlt des Weiteren außerschulischen Verbänden, digitale Kontaktbörsen für das Zustandekommen von internationalen Lernpartnerschaften zum Sprachenlernen zu erstellen;
8. Schlägt vor, eine Werbekampagne in Printmedien und Onlinemedien zu starten, die Jugendliche erreichen kann, die vor der Pandemie noch keinen Kontakt zum DFJW oder zur EU hatten.

¹ Jugendverbände sind demokratische Formen der Selbstorganisation und Interessenvertretung junger Menschen. ([Jugendverbände – In Vielfalt vereint \(dbjr.de\)](http://www.dbjr.de))



MOTION POUR UNE RÉOLUTION PAR LE GROUPE DE TRAVAIL #JUGENDAUSTAUSCH

La crise sanitaire a marqué une limitation brutale des interactions sociales et des échanges transfrontaliers avec la fermeture de certaines frontières et la mise en place de quarantaine pour les personnes arrivant de l'étranger. Quelles mesures peuvent être mises en place aussi bien au niveau européen que national pour faire perdurer des moments d'échanges entre jeunes de nationalités différentes ?

Proposée par:

Rebekka FRANK (DE), Roxanne MONMARCHÉ-FONTAINE (FR), Oliver MÜHRING (DE), Floriane MURE (FR), Chloé PIERRARD (FR), Marie RÖHLEN (DE), Leonit VRAJOLLI (DE), Benedikt PUTZ (DE), Animateur du groupe de travail

Les rencontres interculturelles de jeunes sont essentielles pour garantir les principes d'une Europe pacifique et ouverte. Il est donc extrêmement important de maintenir les échanges de jeunes, même en temps de pandémie. De nouvelles formes diverses de mise en œuvre doivent être trouvées et testées. Les amitiés et les contacts internationaux doivent être entretenus et cultivés, des événements doivent être proposés à grande échelle et enfin il faut s'assurer que chacun dispose du matériel et des compétences techniques nécessaires. Tout cela pour que les frontières restent ouvertes dans nos esprits.

Le Parlement européen des Jeunes,

- Regrettant que les rencontres de jeunes en présentiel ne soient pas possibles en raison de la pandémie, ou seulement dans des conditions strictes,
- Alarmé par le fait que les rencontres et les échanges manqués fassent revivre d'anciens préjugés,
- Reconnaissant que des mesures existent déjà pour promouvoir les échanges entre l'Office franco-allemand pour la Jeunesse (OFAJ) et l'Union européenne (UE),
- Sachant que les rencontres interculturelles et les expériences réelles à l'étranger sont irremplaçables pour le développement personnel,
- Inquiet du déclin de l'intérêt pour la langue et la culture en raison du manque d'activités extrascolaires pendant la pandémie,
- Sachant qu'en raison des exigences techniques, le nombre de participants est limité,
- Notant avec une grande inquiétude que les écoles et les enseignants soient actuellement surchargés par la pandémie et donc incapables de soutenir les échanges internationaux de jeunes,



- Reconnaissant que le manque d'expérience à l'étranger rend plus difficile l'amélioration des compétences linguistiques,
- Soulignant que les offres en ligne ne s'adressent souvent qu'aux jeunes déjà intéressés par les programmes d'échange, l'UE et d'autres cultures ;

par conséquent

1. Invite la Commission européenne et les gouvernements des États Membres à participer activement au développement de nouvelles formes d'échanges de jeunes ;
2. Appelle les associations de jeunes² et les organisations internationales à faciliter les échanges de jeunes de façon permanente :
 - a. des journées culturelles en ligne peuvent être organisées,
 - b. des journées thématiques internationales peuvent être organisées;
3. Espère que l'UE et les organisations internationales de jeunesse reprendront leur présence dès que possible ;
4. Invite les États Membres à promouvoir la formation numérique pour les lieux extrascolaires et, en outre, à utiliser et à promouvoir les programmes existants ;
5. Recommande que la Commission européenne apporte un soutien financier à tous les participant·e·s aux échanges de jeunes pour :
 - a. garantir un accès adéquat à l'internet,
 - b. donner la possibilité d'une formation à la compétence médiatique,
 - c. apportant aux écoles un soutien dans l'élaboration et la mise en œuvre des règles d'hygiène ;
6. Souligne aux gouvernements des États Membres l'importance de familiariser les élèves et les enseignants avec les médias numériques :
 - a. enseignant de manière ciblée à l'école les compétences médiatiques,
 - b. formant les enseignants au numérique,
 - c. les écoles reçoivent un soutien pour l'élaboration et la mise en œuvre de concepts d'hygiène ;
7. Recommande également que les associations extrascolaires créent des points de contact numériques pour l'établissement de partenariats internationaux pour l'apprentissage des langues ;
8. Suggère de lancer une campagne publicitaire dans les médias imprimés et en ligne qui puisse atteindre les jeunes qui n'avaient aucun contact avec la OFAJ ou l'UE avant la pandémie.

² Les associations de jeunes sont des formes démocratiques d'auto-organisation et de représentation des intérêts des jeunes. (Associations de jeunes - unies dans la diversité (dbjr.de))



ENTSCHLIEßUNGSANTRAG DER ARBEITSGRUPPE

#ECONOMIEVERTE

Die Covid-19-Pandemie hat ganze Wirtschaftszweige zum Stillstand gebracht. Trotz dem vorübergehenden Rückgang der ausgestossenen Grünhausgase bleibt der Klimawandel eine weltweit wichtige Problematik. Wie können Jugendliche dazu beitragen, den wirtschaftlichen Wiederaufbau mit dem Schutz der Umwelt und ihrer Ressourcen zu vereinbaren?

Proposée par:

Enora ACHERITOGARAY (FR), Paul AMARGIER (FR), Mathilde BEYET (FR), Chloé CHENEY (FR), Miriam CREMER (DE), Isaline FOURE (FR), Felicia GÖTTLER (DE), Miel GIMENEZ WEBER (DE), Silvia PANINI (IT), Maxime ZINGRAFF (Gruppenleiter, FR)

Ziel des Europäischen Jugendparlaments ist es, konkrete Maßnahmen im Bereich der Umweltpolitik zu ergreifen, um die ökologische Transition der europäischen Gesellschaft zu ermöglichen. Es erscheint notwendig, die nachhaltige Wirtschaft durch die Förderung der lokalen Demokratie, Bildung, Bewusstseinsbildung und Transparenz zu unterstützen. Darüber hinaus ist es wichtig, junge Menschen in die Lage zu versetzen, sich zu integrieren und sich zum wirtschaftlichen Wiederaufbau unter Berücksichtigung der ökologischen Transition zu äußern. Es dürfte schwierig sein, langfristige Entwicklungen zu sehen und daher zu verstehen, dass eine Veränderung gegenüber der Vergangenheit möglich ist.

Das Europäische Jugendparlament,

- Nimmt mit Bedauern das negative Image zur Kenntnis, das die ökologische Transition aufgrund mangelnder Information vermitteln kann,
- Unterstreicht, dass angesichts des klimatischen Notstands eine schnelle Reaktion notwendig ist, und dass dies im Widerspruch mit mangelnder Transparenz bei der Entscheidungsfindung, Symbolpolitik und der Entfernung zwischen Politikern und besonders betroffenen Gebieten steht,
- Tief besorgt, dass sich die politischen und wirtschaftlichen Präferenzen auf Investitionen in Sektoren konzentrieren, die nicht die ökologische Zukunft darstellen,
- Im Bewusstsein des Mangels an Bildung und Information junger Menschen über wirtschaftliche und gesellschaftliche Alternativen zu Gunsten der Erhaltung der Umwelt,
- In Erinnerung rufend, dass die Gesellschaft von jungen Menschen verlangt, sich auf ihre berufliche Laufbahn zu konzentrieren, insbesondere aus wirtschaftlichen Gründen, was ihre Möglichkeiten für ein Engagement einschränkt,
- die Besorgnis zum Ausdruck bringen, dass einige so genannte "grünere" Lösungen nicht unbedingt eine Verringerung der Umweltbelastung bedeuten,
- Im Bewusstsein der Bedeutung der Lobbyarbeit bestimmter Branchen, die die Entwicklung der grünen Wirtschaft behindern;

Daher,



1. Rät den Mitgliedstaaten und den lokalen Behörden, verschiedene Austauschprogramme zur grünen Wirtschaft (Konferenzen, Debatten usw.) einzurichten und sicherzustellen, dass sie die für ihre Durchführung erforderlichen technischen und finanziellen Mittel bereitstellen;
2. Fordert die Europäische Kommission auf, eine drastische Erhöhung des Anteils des Konjunkturprogramms vorzuschlagen, der der grünen Wirtschaft gewidmet ist;
3. Fordert die Europäische Kommission auf, die Umsetzung des europäischen "Energielabels"³ auf weitere Sektoren auszudehnen;
4. Fordert die Europäische Kommission auf, die obligatorische Anzeige des Kohlenstoff-Fußabdrucks eines Produkts zum Zeitpunkt des Kaufs einzuführen;
5. Ermutigt die Mitgliedstaaten, Unternehmen, die umweltschädliche Emissionen verursachen, zu besteuern und die Einnahmen in einen nachhaltigen Übergang des betreffenden Sektors zu investieren;
6. Fordert die nationalen Verkehrsunternehmen auf, einen in allen Mitgliedstaaten gültigen Öffentlichen Verkehrs-Pass zu schaffen und gleichzeitig die Einnahmen in die Forschung über grüne Technologien und die Entwicklung einer nachhaltigen Infrastruktur zu investieren;
7. Fordert die Europäische Kommission auf, dieses Abonnement für öffentliche Verkehrsmittel zu subventionieren;
8. Ermutigt die Bildungsministerien der Mitgliedstaaten, die Sensibilisierung für die ökologische Transition voranzutreiben:
 - a. bei der Ausbildung des Lehrpersonals,
 - b. im schulischen Lehrplan von Schülern und Studenten, während gleichzeitig Studien zu umweltfreundlichen Berufen gefördert werden;
9. Fordert die Europäische Kommission auf, Mittel für die Entwicklung studentischer und beruflicher Gewerkschaftsplattformen für junge Menschen bereitzustellen;
10. Fordert die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten auf, mehr Zuschüsse für Umweltprojekte auf regionaler Ebene bereitzustellen;
11. Fordert die Europäische Kommission und insbesondere die Europäische Umweltkommissarin auf, eine Sensibilisierungskampagne zur Bekämpfung des "Greenwashing"⁴ durchzuführen.

³ Energielelabel: Eine für den Verbraucher bestimmte Information, die die Eigenschaften eines Produkts, insbesondere seine Energieleistung, zusammenfasst, um die Wahl zwischen verschiedenen Modellen zu erleichtern.

⁴ Greenwashing : Das Verhalten sozial- oder umweltschädlicher Unternehmen, die versuchen, ihre Märkte zu erhalten und zu erweitern, indem sie sich als Freunde der Umwelt und Vorreiter im Kampf gegen die Armut präsentieren. (NGO CorpWatch)



MOTION POUR UNE RÉOLUTION PAR LE GROUPE DE TRAVAIL #ECONOMIEVERTE

La crise sanitaire liée au COVID-19 a marqué une mise à l'arrêt de certaines économies. Malgré une baisse des émissions de gaz à effet de serre, le réchauffement climatique reste une problématique mondiale. Aujourd'hui, comment les jeunes peuvent-ils contribuer à concilier transition écologique et reconstruction économique?

Proposée par:

Enora ACHERITOGARAY (FR), Paul AMARGIER (FR), Mathilde BEYET (FR), Chloé CHENEY (FR), Miriam CREMER (DE), Isaline FOURE (FR), Felicia GÖTTLER (DE), Miel GIMENEZ WEBER (DE), Silvia PANINI (IT), Maxime ZINGRAFF (Animateur du groupe de travail, FR)

Le Parlement Européen des Jeunes a pour objectif de prendre des mesures concrètes en matière de politique environnementale afin de permettre la transition écologique de la société européenne. Il apparaît nécessaire de soutenir l'économie durable à travers le soutien de la démocratie locale, de l'éducation, de la sensibilisation et de la transparence. De plus, il est important de permettre aux jeunes de s'intégrer et de s'exprimer sur une reconstruction économique prenant en compte la transition écologique. Il convient qu'il est difficile de voir à long terme, donc de comprendre qu'un changement face au passé est possible.

Le Parlement Européen des Jeunes,

- Constatant avec regret l'image négative qui peut être véhiculée par la transition écologique à cause d'un manque d'information,
- Soulignant qu'une réponse rapide, nécessaire à l'urgence climatique, est en contradiction avec le manque de transparence dans la prise de décision, les mesures superficielles et l'éloignement entre politiciens et territoires locaux,
- Déplorant le fait que les mentalités politiques et économiques se concentrent sur l'investissement dans des secteurs qui ne représentent pas l'avenir écologique,
- Reconnaisant le manque d'éducation et d'information des jeunes aux alternatives économiques et sociétales en faveur de la préservation de l'environnement,
- Rappelant en outre que la société requiert que les jeunes se concentrent sur leur parcours professionnel, notamment pour des raisons économiques, ce qui limite leurs possibilités d'engagement,



- Se déclarant préoccupé que certaines solutions dites “plus vertes” ne représentent pas forcément une réduction de l’impact environnemental,
- Conscient de l’importance du lobbying de certaines industries entravant le développement de l’économie verte;

par conséquent,

1. Conseille aux Etats Membres et aux collectivités locales de mettre en place des échanges divers sur l’économie verte (conférences, débats, etc.) en s’assurant de fournir les moyens techniques et financiers nécessaires à leur tenue ;
2. Invite la Commission européenne à proposer d’augmenter drastiquement la part du plan de relance consacré à l’économie verte ;
3. Demande à la Commission Européenne d’élargir la mise en place de l’”étiquette-énergie”⁵ européenne à plus de secteurs ;
4. Invite la Commission européenne à mettre en place l’affichage obligatoire de l’empreinte carbone d’un produit à l’achat ;
5. Encourage les États Membres à taxer les entreprises générant des émissions polluantes, et à investir les recettes dans une transition durable du secteur concerné ;
6. Fait appel aux sociétés nationales de transport pour créer un abonnement aux transports en commun valable dans tous les Etats membres, tout en investissant les revenus de ce dernier dans la recherche sur les technologies vertes et dans le développement d’infrastructures durables ;
7. Appelle la Commission européenne à subventionner cet abonnement aux transports en commun ;
8. Encourage les ministères de l’Éducation des États Membres à intégrer un volet de sensibilisation sur la transition écologique :
 - a. dans la formation du personnel enseignant,
 - b. dans le cursus scolaire des élèves et étudiants, tout en promouvant des études vers des métiers en accord avec l’environnement ;
9. Invite la Commission européenne à allouer des financements pour le développement de plateformes syndicales étudiantes et professionnelles destinées aux jeunes ;
10. Appelle la Commission européenne et les Etats Membres à allouer davantage de subventions aux projets écologiques de niveau régional ;
11. Invite la Commission européenne, et plus particulièrement le Commissaire européen à l’Environnement, à mener une campagne de sensibilisation visant à lutter contre le “greenwashing”⁶.

⁵ Etiquette-énergie : Fiche destinée au consommateur résumant les caractéristiques d'un produit, en particulier ses performances énergétiques, afin de faciliter le choix entre différents modèles.

⁶ Greenwashing (ou écoblanchissement) : Comportement d'entreprises nocives du point de vue social ou environnemental qui tentent de préserver et étendre leurs marchés en se présentant comme des amis de l'environnement et des leaders dans le combat pour éradiquer la pauvreté. (ONG CorpWatch)



ENTSCHLIEßUNGSANTRAG DER ARBEITSGRUPPE

#LIBERTÉSFONDAMENTALES

Mit dem Einsatz von Reise- und Bewegungseinschränkungen und der Verbreitung von manchen Tracing-Apps berührt die Bewältigung der Covid-19-Krise auch Bürgerrechte wie die Bewegungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit oder den Schutz der Privatsphäre. Wie kann ein Gleichgewicht gefunden werden zwischen dem Erhalt von fundamentalen Bürgerrechten und Freiheiten und Maßnahmen, die die Gesundheit der Bevölkerung schützen sollen?

Vorgelegt von:

Kéliane BOYOKO (FR), Sven CANNIC (FR), Clélia CARRE (FR), Emily HATZENBERGER (FR,UK), Mariana HRYNYSHYN (UA), Houda KHALES (DE), Klarissa KRAUSE (DE), Vanessa PALUMBO (DE), Lazarine PETAVY (Leiterin der Arbeitsgruppe, FR)

Ziel des Europäischen Jugendparlaments ist es, die Achtung der Grundfreiheiten der Bürger*innen, trotz der Umsetzung restriktiver Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie, zu gewährleisten. Nach Ansicht von Wissenschaftler*innen ist es wahrscheinlich, dass die Covid-19-Krise noch einige Monate andauern wird. Es ist daher grundlegender denn je, ein Gleichgewicht zwischen der Achtung der Grundfreiheiten und der Wirksamkeit der Maßnahmen im Krisenfall herzustellen.

Das Europäische Jugendparlament,

- Stellt fest, dass bestimmte restriktive Maßnahmen, wie die Ausgangsbeschränkungen oder Schließung der Grenzen, die Freizügigkeit der europäischen Bürger beeinträchtigen,
- Bedauert die fehlende Reaktion auf europäischer Ebene, wenn einer der Mitgliedstaaten ein Grundrecht verletzt, wie z.B. das Anti-Abtreibungsgesetzes in Polen,
- Alarmiert durch die Menge an persönlichen Daten, die von Tracking-Apps wie "TousAntiCovid" und "Coronapp" übertragen und gespeichert werden,
- Betont, dass es vorzuziehen ist, eine mögliche Kategorisierung unter den Bürgern der Mitgliedstaaten zu vermeiden, um einen gleichberechtigten Zugang zur Gesundheitsversorgung zu gewährleisten,
- Stellt fest, dass es schwierig ist, Demokratie ohne das Versammlungs- und Demonstrationsrecht zu garantieren;

Daher,



1. Fordert die Mitgliedstaaten auf, stets darauf zu achten, dass eine echte Verhältnismäßigkeit zwischen den ergriffenen restriktiven Maßnahmen und den Grundfreiheiten gewahrt bleibt;
2. Fordert die Mitgliedstaaten auf, diplomatische Verwarnungen an Staaten zu richten, die die Grundrechte verletzen;
3. Ermutigt die Mitgliedstaaten, eine gemeinsame nicht obligatorische Rückverfolgungsapp auf europäischer Ebene zu schaffen;
4. Rät den Mitgliedstaaten, Sensibilisierungskampagnen zum Einsatz von Rückverfolgungsapps durchzuführen, die sich an europäische Bürger richten;
5. Fordert die Europäische Kommission auf die Mitgliedsstaaten der EU zu unterstützen bei:
 - a. der Erhöhung des europäischen Gesundheitsbudgets,
 - b. einen Teil dieses Budgets für die Vorbereitung von Krankenhäusern und die Ausbildung von Pflegepersonal bereitzustellen;
6. Schlägt den Mitgliedstaaten vor, digitale Veranstaltungsformate zu fördern, durch:
 - a. Gesetzesvorschläge auf Initiative der Bürger*innen,
 - b. die Anerkennung einflussreicher Online-Petitionen durch nationale Institutionen;
7. Ermutigt die Mitgliedstaaten, die Genehmigung von Demonstrationen im Freien, unter dem Vorbehalt der Einhaltung von Abstands- und Hygieneregeln, beizubehalten.



MOTION POUR UNE RÉOLUTION PAR LE GROUPE DE TRAVAIL #LIBERTÉS FONDAMENTALES

Alors que la reconnaissance des mesures de confinement est unanime et que les applications de traçage se répandent, la gestion de la crise a des impacts sur la liberté de mouvement, de culte ou le respect de la vie privée. Comment faire la balance entre le maintien de ces libertés fondamentales et la mise en place de mesures sanitaires visant à protéger la santé des citoyens ?

Proposée par:

Kéliane BOYOKO (FR), Sven CANNIC (FR), Clélia CARRE (FR), Emily HATZENBERGER (FR,UK), Mariana HRYNYSHYN (UA), Houda KHALES (DE), Klarissa KRAUSE (DE), Vanessa PALUMBO (DE), Lazarine PETAVY (Animatrice du groupe de travail, FR)

Le Parlement Européen des Jeunes a pour objectif de garantir le respect des libertés fondamentales des citoyens malgré la mise en place de mesures restrictives pour lutter contre la pandémie de Covid-19. Il est probable, selon les scientifiques, que la crise du Covid-19 dure encore quelques mois. Il est donc plus que jamais fondamental de trouver un équilibre entre respect des libertés fondamentales et efficacité des mesures face à une crise.

Le Parlement Européen des Jeunes,

- Notant que certaines mesures restrictives mises en place comme le confinement ou la fermeture des frontières entravent les droits de circulation des citoyens européens,
- Déplorant un manque de réponse au niveau européen lorsque l'un des États Membres viole un droit fondamental, notamment à travers l'exemple de la loi contre l'avortement en Pologne,
- Alarmé par la quantité de données personnelles transférées et stockées par des applications de traçage comme "TousAntiCovid" et "Coronapp",
- Soulignant qu'il est préférable d'éviter un tri potentiel parmi les citoyens des états membres pour garantir l'égalité d'accès aux soins,
- Remarquant qu'il est difficile de garantir une démocratie sans droits de réunion et de manifestation ;

par conséquent,

1. Demande aux États Membres de toujours faire attention à garder une véritable proportionnalité entre les mesures restrictives mises en place et les libertés fondamentales;



2. Invite les États Membres à donner des avertissements diplomatiques aux États violant les droits fondamentaux ;
3. Encourage les États Membres à créer une application de traçage non obligatoire commune à l'échelle européenne ;
4. Conseille aux États Membres de faire des campagnes de sensibilisation sur l'utilisation des applications de traçage à destination des citoyens européens ;
5. Appelle la Commission européenne à supporter les Etats Membres de l'Union européenne en :
 - a. augmentant le budget européen dans le milieu de la santé,
 - b. en allouant une partie de ce budget à la préparation des hôpitaux et à la formation du personnel soignant ;
6. Propose aux États Membres d'encourager des formats de manifestation digitales, à travers :
 - a. des proposition de lois à l'initiative des citoyens,
 - b. la reconnaissances par les institutions nationales des pétitions en ligne influentes ;
7. Incite les États Membres à maintenir l'autorisation de la tenue de manifestations en extérieur sous couvert du respect des gestes barrières et la distanciation sociale.



ENTSCHLIEßUNGSANTRAG DER ARBEITSGRUPPE #PSYCHISCHEGESUNDHEIT

Social Distancing, Reduktion von persönlichen Kontakten, Ungewissheit über die Zukunft: Die aktuelle Situation fördert Stress und gar Depressionen. Was können die EU und ihre Mitgliedstaaten unternehmen, um zum Schutz der psychischen Gesundheit ihrer jungen Bürger beizutragen?

Vorgelegt von:

Amande ANGELOU (FR), Inès BIOTTEAU (FR), Remi JEAN (FR), Mary-Lou RIGAL-BOIVERT (FR), Miriam SCHNÜTTGEN (DE), Sophia SCHÜTZE (DE), Mia Cecilie PEDERSEN (Gruppenleiterin, DK)

Das Europäische Jugendparlament hat das Ziel, zu versichern, dass die Einsamkeit, die aufgrund der sozialen Isolation entstanden ist, besser gehandhabt wird. Es ist nötig, dass nationale Regierungen klare Richtlinien von der EU erhalten. Außerdem muss dafür gesorgt werden, dass psychische Gesundheit innerhalb des Gesundheitssystems eine hohe Priorität hat. Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) muss sich weiterhin darum bemühen, dass die Jugend sogar während einer Pandemie aufgeklärt wird, über ihre psychische Gesundheit.

Das Europäische Jugendparlament,

- Anerkennend, dass die sozialen Kontakte eingeschränkt werden während der Corona-Pandemie,
- Zustimmend, dass es zwischen den nationalen Regierungen und den Bürgern einen Mangel an Kommunikation über die Ursachen von Einschränkungen und zukünftige Pläne gibt,
- Sehr alarmiert über die durch die Ungleichheiten bezüglich der technischen Ressourcen entstehende soziale Polarisierung,
- Mit großer Sorge feststellend, dass Homeschooling und der verstärkte Einsatz von Sozialen Medien unter anderem zu Cybermobbing und Einsamkeitsgefühlen führt,
- Im vollen Bewusstsein, dass die Aussichten und die Entwicklung der Pandemie noch nicht bekannt sind und die dadurch entstehende Unsicherheit Bildung, Jobs und sozialen Kontakten gegenüber,
- Mit Nachdruck bestätigend, dass sich junge Menschen auf der politischen Tagesordnung nicht gesehen und gehört fühlen,

Daher,

1. Fordert die Europäische Kommission auf, Leitlinien zu erstellen, wie stark der Staat in die soziale Sicherheit eingreifen darf;
2. Empfiehlt, dass die Europäische Kommission bei der Erstellung von Leitlinien für die Mitgliedstaaten ihre Transparenz erhöht;
3. Fordert, dass die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass ermöglicht wird, dass Lehrkräften ihren Schüler*innen Informationen über die psychische Gesundheit in der Corona Krise vermitteln können;



4. Appelliert an das ECDC, in seinen Berichten spezifischere Informationen über die Auswirkungen der Corona-Krise auf die psychische Gesundheit junger Menschen bereitzustellen;
5. Fordert die Mitgliedstaaten auf, Plattformen mit Informationen zu schaffen, welche über die psychische Gesundheit von Jugendlichen für junge Menschen informieren;
6. Appelliert an die Mitgliedstaaten, zu versichern, dass alle Bürger während der Corona-Krise gleichberechtigten Zugang zur Bildung und sozialem Leben haben, indem sozial Benachteiligten Mittel zur Verfügung gestellt werden;
7. Appelliert, dass es eine effizientere Verteilung von Ressourcen gibt, die für eine bessere Infrastruktur und Internetabdeckung in den Mitgliedstaaten sorgen;
8. Schlägt vor, dass die Gesundheitswesen in den Mitgliedstaaten Auswertungen der psychischen Gesundheit junger Menschen während des Homeschoolings durchführen;
9. Ermutigt die Schaffung lokaler Agenturen und Informationsanbieter, die junge Menschen, die ihre Ausbildung während der Coronazeit abschließen, unterrichten und über zukünftige Möglichkeiten informieren können;
10. Appelliert an die Mitgliedstaaten, die Einsamkeit, Angstzustände und Depressionen der Jugend durch vorbeugende Maßnahmen zu minimieren, indem online Kurse und Meinungsaustausche angeboten werden;
11. Ermutigt spezifische Initiativen, bei denen junge Menschen gehört werden können, wie zum Beispiel:
 - a. einen Wissensaustausch zwischen jungen Menschen und Abgeordneten des Europaparlaments, welches alle sechs Monate stattfindet,
 - b. Workshops zum Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen jungen Menschen und Parlamentariern in den Mitgliedstaaten.



MOTION POUR UNE RÉOLUTION PAR LE GROUPE DE TRAVAIL #PSYCHISCHEGESUNDHEIT

Distanciation sociale, éloignement en raison du confinement, incertitudes quant à l'avenir, la situation actuelle est propice au développement de stress ou de dépression. Quelle réponse l'UE et ses États membres peuvent-ils apporter pour préserver la santé mentale de leurs jeunes citoyens ?

Proposée par:

Amande ANGELOU (FR), Inès BIOTTEAU (FR), Remi JEAN (FR), Mary-Lou RIGAL-BOIVERT (FR), Miriam SCHNÜTTGEN (DE), Sophia SCHÜTZE (DE), Mia Cecilie PEDERSEN (Animatrice du groupe de travail, DK)

Le Parlement Européen des Jeunes vise à mieux gérer la solitude causée par l'isolement social. Il est nécessaire que les gouvernements nationaux reçoivent des directives claires de l'UE. Il est également nécessaire de veiller à ce que la santé mentale soit considérée comme hautement prioritaire au sein du système de santé. Le Centre européen de prévention et de contrôle des maladies doit poursuivre ses efforts pour éduquer les jeunes sur leur santé mentale, même en cas de pandémie.

Le Parlement Européen des Jeunes,

- Reconnaissant que les contacts sociaux sont limités pendant la pandémie de Coronavirus,
- Approuvant qu'il y a un manque de communication entre les gouvernements nationaux et les citoyens sur les causes des restrictions et les plans futurs,
- Profondément alarmé par la polarisation sociale causée par les inégalités en matière de ressources techniques,
- Constatant avec une grande inquiétude que l'enseignement à domicile et l'utilisation accrue des réseaux sociaux conduisent, entre autres, à la cyberintimidation et à des sentiments de solitude,
- Pleinement conscient du fait que les perspectives et l'évolution de la pandémie ne sont pas encore connues et de l'incertitude qui en résulte en matière d'éducation, d'emploi et de contacts sociaux,
- Affirmant fermement que les jeunes ne se sentent ni vus ni entendus dans l'agenda politique,

par conséquent

1. Réclame à la Commission européenne d'élaborer des recommandations sur l'étendue de l'intervention de l'État dans la sécurité sociale ;



2. Conseille à la Commission européenne d'augmenter la transparence lorsqu'elle émet des recommandations à l'intention des États Membres ;
3. Demande aux États Membres de veiller à ce que les enseignants soient en mesure de fournir à leurs élèves des informations sur la santé mentale dans le cadre de la crise du Coronavirus ;
4. Invite le Centre européen de prévention et de contrôle des maladies (CEPCM) à fournir des informations plus spécifiques dans ses rapports sur l'impact de la crise de la couronne sur la santé mentale des jeunes ;
5. Réclame que les États Membres mettent en place des plates-formes d'information sur la santé mentale des jeunes pour les jeunes ;
6. Invite les États Membres à veiller à ce que tous les citoyens aient un accès égal à l'éducation et à la vie sociale pendant la crise de Coronavirus en fournissant des ressources aux personnes socialement défavorisées ;
7. Demande une allocation plus efficace des ressources pour assurer une meilleure infrastructure et une meilleure couverture Internet dans les États Membres ;
8. Suggère que les services de santé des États Membres procèdent à des évaluations de la santé mentale des jeunes pendant l'enseignement à domicile ;
9. Encourage la création d'agences locales et de fournisseurs d'informations qui peuvent enseigner aux jeunes qui terminent leur formation pendant la période de la crise du Coronavirus et les informer sur les possibilités futures ;
10. Invite les États Membres à réduire au minimum la solitude, l'anxiété et la dépression chez les jeunes par des mesures préventives en proposant des cours et des échanges de vues en ligne ;
11. Encourage les initiatives spécifiques où les jeunes peuvent être entendus, telles que:
 - a. un échange de connaissances entre les jeunes et les députés européens, qui a lieu tous les six mois,
 - b. des ateliers pour partager des connaissances et des expériences entre les jeunes et les parlementaires dans les États Membres.

EUROPEAN **YOUTH** PARLIAMENT



En coopération avec
In Kooperation mit

OFAJ
DFJW

